

## **Beschluss des Landrats vom 16.09.2021**

Nr. 1070

### **23. Corona bedroht die Chancengerechtigkeit in der Bildung** 2020/237; Protokoll: mko

**Miriam Locher** (SP) beantragt die Diskussion.

://: Dem Antrag wird stillschweigend stattgegeben.

**Miriam Locher** (SP) bedankt sich für die ausführliche Beantwortung. Dem Text lässt sich aber nicht klar entnehmen, in welchem Zeitraum die Evaluation stattfindet.

Regierungsrätin **Monica Gschwind** (FDP) informiert, dass die Evaluation zugleich die vierkantonale Studie der FHNW war, die in der Zwischenzeit präsentiert wurde. Diese zeigte auf, dass eine Minimalausstattung sehr wichtig ist für die Schülerinnen und Schüler. Massnahmen wurden ergriffen, indem die Primarschulen zur Ausstattung befragt wurden und die Empfehlungen entsprechend angepasst werden. Eine wichtige Erkenntnis war, dass die Eltern im Fernunterricht eine wichtige Rolle gespielt haben, indem sie dafür sorgten, dass der Tagesablauf der Schülerinnen und Schüler eine Struktur hatte. Dies war die Aufgabe der Eltern. Man konnte sehen, dass die Schülerinnen und Schüler vom selbstorganisierten Lernen profitierten, dass es aber klare Arbeitsaufträge seitens Lehrerschaft brauchte und deren Medienkompetenz sehr wichtig ist. Daraus wurde abgeleitet, dass die Landratsvorlage zur Steigerung der Kompetenzen, des Angebots von Aus- und Weiterbildung speziell im Bereich Medieninformatik und im pädagogischen ICT-Support vorangetrieben werden soll. Aus der Studie liess sich auch ersehen, dass der Fernunterricht im Grossen und Ganzen erfolgreich war, aber auch, dass die sozialen Kontakte zwischen Schülerinnen, Schülern und Lehrpersonen ganz wichtig sind. Insofern wurden diverse Massnahmen eingereicht. Es wird aber immer noch in den Fachgremien diskutiert, was es allenfalls an konkreten Massnahmen sonst noch braucht. Wann das genau der Fall ist, lässt sich im Moment nicht sagen.

**Jan Kirchmayr** (SP) verweist auf die Antwort zu Frage 5, wo gesagt wird, dass man von einer Mindest- zu einer Standardausstattung übergehen möchte, was wichtig und richtig ist. Ab wann soll das definiert sein und wie würde man das vollziehen, falls es überhaupt möglich ist?

Regierungsrätin **Monica Gschwind** (FDP) sagt, dass man diesbezüglich im Gespräch mit dem VBLG bzw. den Gemeinden als Trägerinnen der Primarschulen sei. Ausserdem gibt es ein IT-Forum, wo das Thema besprochen wird. Erhebung und Auswertung sind abgeschlossen. Man muss sich nun mit dem VBLG darauf einigen, wo die Mindeststandards angesetzt werden sollen. Dies wird nicht über den Kopf der Gemeinden hinweg entschieden, sondern im gemeinsamen Gespräch entwickelt.

Wo man in den Verhandlungen genau steht, lässt sich im Moment nicht sagen. Es ist aber das Ziel, dass der Standard festgelegt und dann kommuniziert wird.

://: Die Interpellation ist erledigt.

---